



Universität Hamburg

DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

*Dieter Lenzen*

## **Rede beim Senatsempfang zum 100-jährigen Bestehen der Universität Hamburg am 28. März 2019**

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin der Hamburger Bürgerschaft Duden,

Sehr geehrte Abgeordnete der Hamburger Bürgerschaft,

Sehr geehrte Frau Senatorin Fegebank,

Sehr geehrte Mitglieder des Senats,

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Schmidt,

Sehr geehrter Herr Präsident des Hamburgischen Verfassungsgerichts Mehmel,

Sehr geehrte Frau Bischöfin Fehrs,

Sehr geehrte Exzellenzen,

Sehr geehrter Herr Professor Wagner,

Sehr geehrter Herr Professor Sloterdijk,

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Liebe Mitglieder der Universität,

Die Universität Hamburg, an deren Errichtung vor einhundert Jahren wir heute erinnern, verdankt sich einem *fait accompli*, einem Durchmarsch in einer einzigen Bürgerschaftssitzung, einem aus heutiger Sicht mehrfachen Rechtsbruch und aus politiktheoretischer Sicht einem Missbrauch demokratischer Rechte.

Gott sei Dank.

Was ist am Nachmittag des 28. März 1919 in diesem Hause denn passiert? Erzwangen Revolutionstruppen mit Waffengewalt eine Scheinabstimmung über die Gründung einer Universität? Gab es einen Unrechtsstaat, in dem alles Schlimme möglich war, selbst die Gründung einer Universität?

Nein, das Ungeheuerliche passierte in einer ganz normalen Bürgerschaftssitzung, der dritten übrigens nach der Revolution von 1918, und die Beteiligten gingen im Vergleich zu heutigen Verhältnissen recht zivil miteinander um. Wer war beteiligt?

149 Bürgerschaftsabgeordnete diverser Parteien, die heute nicht mehr existieren, mit Ausnahme der Sozialdemokratischen Partei. Sie war es auch, die die Errichtung unserer Universität durchsetzte. Aber wieso als *fait accompli*? Wieso Rechtsbruch oder Missbrauch?

Das versteht man nur, wenn man weiß, dass die vorrevolutionäre Bürgerschaft bereits mehr als fünf Jahre über die mögliche Errichtung einer Universität verhandelt hatte, ohne Resultat; wenn man weiß, dass es ja bereits vierhundert Studierende gab an den Vorgängereinrichtungen der Universität, unter anderem dem Kolonialinstitut, dass aber deren Studiensemester drohten, von den anderen Ländern des Reiches nicht anerkannt zu werden, weil sie nicht an einer Einrichtung mit dem Namen „Universität“ studierten.

Das jedenfalls war das Argument des Herrn „Krause und Genossen“, wie es im Steno-Protokoll der legendären Sitzung heißt, dafür, ein „vorläufiges Gesetz, betreffend die Hamburgische Universität und Volkshochschule“, kurz ein Notgesetz verabschieden zu wollen.

Dagegen wurde auch opponiert, von den Vertretern anderer Parteien, die das machten, was inzwischen in allen Parlamenten Gewohnheit ist: Eine erfolgreiche Abstimmung dadurch zu verhindern,

- dass man Geschäftsordnungsanträge stellt und dazu endlose Ausführungen macht, um das Ende der Sitzung zu erreichen,
- dass man Abänderungsanträge stellt, um die Sache in die Länge zu ziehen,
- dass man Anträge auf Überweisung des Gesetzentwurfes in einen Ausschuss stellt, um Zeit zu gewinnen,
- dass man mit Unheil droht, wenn man das Gesetz nachträglich vordatiert, was tatsächlich gemacht wurde mit der Begründung, dass das Wintersemester 1918/19 noch solle anerkannt werden können,
- dass man mit dem Ansehen der Stadt argumentiert, das angeblich dadurch Schaden nehme, eine Floskel, die sich inzwischen bis in die kleinsten Gremien mancher Hochschule verirrt hat: „Wenn Sie Professor XY nicht berufen, sofort, dann wird das Ansehen der Universität einen schweren bleibenden Schaden nehmen.“ – usw., usw. – Professorengezänk hat schon Schleiermacher das genannt.

Nach langer Debatte, die im Steno-Protokoll sechzehn Seiten mit zwei Spalten einnimmt, werden von der Mehrheit sämtliche Anträge der anderen Mitglieder der Bürgerschaft abgebugelt und der Durchmarsch wird erfolgreich abgeschlossen. Rechtlich problematisch war natürlich die Zurückdatierung der Entscheidung ebenso wie der Umstand, dass den Abgeordneten sämtliche Abänderungsanträge nicht vorher zugeschickt worden waren, sodass sie sich darauf nicht vorbereiten konnten. Auch lag wohl das Protokoll der vorausgegangenen Sitzung nicht vor. Kurz: Wer die Sache aus heutiger Warte betrachtet, kommt zu dem Schluss: Das war eine ziemlich windige Angelegenheit und ich wiederhole: Gott sei Dank.

Gleichwohl sind die Debattenbeiträge, die auf Seiten der Gegner und Befürworter vorgetragen wurden, außerordentlich aufschlussreich. Dieses werden Sie gleich in einer wunderbaren szenischen Lesung aus dem damaligen Protokoll erleben, für die ich mich jetzt schon bei Michael Batz als Regisseur und den acht Schauspielern und der Schauspielerin bedanken.

Zum einen zeigen die Redebeiträge, dass man sich offenbar bereits seit Jahren auf beiden Seiten buchstäblich eingegraben hatte und oftmals geäußerte Argumente weitere Male wiederholte. Zum anderen geben die Standpunkte der damaligen Zeit zum Thema des öffentlichen Bildungswesens die Polaritäten wieder: Da waren zum einen die Antragssteller, die für die Gründung der Universität mit der jetzt fälligen Überwindung der Klassengegensätze argumentierten, insofern die Universität mit offenem Zugang zu gestalten sei, nachdem das Schulwesen zum Beispiel durch Schulgeldfreiheit inzwischen auch klassenlos und damit für jedermann zugänglich sei.

Dieses Argument wurde von anderen aber positiv aufgenommen, zur Unterlegung des gegenteiligen Antrags auf Verschiebung, weil eine so wichtige Sache wie die Herstellung einer klassenlosen Gesellschaft nicht aus dem Boden gestampft werden dürfe, sondern genau zu prüfen sei. Dem widersprach man von ganz links mit dem Argument, man solle jetzt den sozialistischen Philosophen Karl Kautsky berufen, mit dem Ziel einer „sozialistischen Wissenschaft und materialistischen Geschichtsauffassung“ zu lehren.

Die Gegner trugen auch gern das finanzielle Argument vor, das wir alle auch heute noch kennen: zu teuer, deswegen bitteschön einen Numerus Clausus, um den Zugang zu beschränken und vor allem das Ganze bitte ohne Medizin. Dann würden die Ärzte sich nämlich nicht mehr um die Kranken kümmern, da sie lieber unterrichten würden.

Das Argument, man müsse „Achtung und Sympathie“ in der Welt wiedergewinnen, konnte für Eile aber auch für Weile mit Gründlichkeit verwendet werden.

Andere, denen klar war, dass der Beschluss nicht mehr würde zu verhindern sein, versuchten wenigstens noch Partikularinteressen unterzubringen: Schwerpunkte müssten die Studien des Auslands sein, auf das man nicht mehr so sehr stark verachtend herabschauen dürfe, oder auch die Wirtschaftswissenschaften mit entsprechenden Professuren. Ein anderer sagte, es sei immer die Auffassung der Hamburger gewesen, „wir dürfen neben dem Handel nicht auch noch die Wissenschaften pflegen, am allerwenigsten in Gestalt einer Universität“. Friede deren Asche. Und er fügte etwas Bemerkenswertes hinzu, was heute in Zeiten von Transfererwartungen an die Wissenschaft wieder sehr aktuell ist:

„Aber sie (die Wissenschaft) darf sich nicht dazu hergeben, ihre Probleme erst von der Kaufmannschaft oder von der Industrie zu empfangen und in deren Auftrage zu arbeiten, sondern umgekehrt: Was sie aus freier Initiative erarbeitet, das muss die Praxis sich zu Nutze machen.“ (S. 66). - Der Mann hieß Mönckeberg. Der Mann gefällt mir. Man kann bei einer Universität nämlich nichts bestellen.

Schließlich hat der eine oder andere noch einen Wunschzettel vorgetragen, eine zusätzliche Technische Hochschule, eine Kunstakademie auch, eine Professur für Erziehungswissenschaft wegen der Volksschullehrerausbildung, eine theologische Fakultät und - als einzige Frau in der Debatte und als einzige mit einem ernstzunehmenden verallgemeinerungsfähigen Gestus trägt Helene Lange den Wunsch vor, die Zulassung von Frauen zu Dozenten zu ermöglichen. In München – Bayern war schon immer schneller – sei man Hamburg bereits zugekommen.

Meine Damen und Herren, Sie haben bemerkt, dass ich aus der Debatte fast ausnahmslos ohne Nennung der Parteinamen zitiert habe. Das ist mit Bedacht geschehen. In jener Stunde waren diese Differenzen eigentlich sekundär, eigentlich wurde nämlich um etwas ganz Anderes gestritten, um das Selbstkonzept der Stadt Hamburg und - ganz nebenbei teilen sich einem gewissermaßen als Tiefenstruktur die wichtigsten Charakterzüge der Stadt und ihrer Bewohner in den Argumenten mit, die meisten von ihnen sehr liebenswürdige:

- Rechtmäßigkeit bei den Gegnern des Notgesetzes
- Verlangsamung der Entscheidung
- Der Wunsch nach Gleichheit und Freiheit
- Die Ermahnung zur Sparsamkeit
- Wahrhaftigkeit
- Ein bisschen Misstrauen
- Vorurteilsfreiheit
- Vorbild sein wollen
- Und, wenn schon Geld ausgeben, dann aber etwas Richtiges, Gutes bekommen.

Nun ja, das haben sie bekommen die Hamburger, Sie, meine Damen und Herren, auch wenn das nicht immer wahrgenommen wurde, wir haben uns jedenfalls viel Mühe gegeben in den hundert Jahren, so sehr, dass die Internationale Kommission, die uns soeben im Rahmen des Exzellenzwettbewerbs evaluiert hat, meinte, ihr seid viel zu bescheiden. Warum seid ihr nicht stolz auf euch?

Nun ja, wir sind eben bescheiden. Hanseaten wirken bescheiden. Wenn Sie indessen, meine Damen und Herren, ein bisschen stolz auf Ihre Universität sein wollen, werden wir bescheiden den Kopf senken und sagen: Danke. Danke für hundert Jahre!